

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Karl Nehammer
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.228.019

Wien, am 24. Mai 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. März 2022 unter der Nr. **10312/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „aktueller Stand des Entschließungsantrags bezüglich weiblicher Genitalverstümmelung“ gan mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 9:

1. *Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung des einstimmig angenommen Entschließungsantrags?*
2. *Welche Maßnahmen haben Sie seit März 2021 gesetzt, um Datenmaterial betreffend Genitalverstümmelungen zu erhalten?*
3. *Wie viele Arbeitstreffen haben zu diesem Thema bereits stattgefunden?*
4. *Wer war daran beteiligt?*
5. *Wurden die Bundesländer wie im Entschließungsantrag angeführt eingebunden?*
 - a. *Wenn nein, warum nicht?*

- b. Wenn ja, gibt es schon Rückmeldungen, wie hoch der Bedarf an psychosozialer und medizinischer Unterstützung, insbesondere für Rückoperationen in den jeweiligen Bundesländern, ist?
6. Waren Sie zu diesem Zweck bereits mit Berufsgruppen oder Interessensvertretungen wie beispielsweise dem Verein stopFGM (österr. Plattform gegen Genitalverstümmelung) im Austausch?
 - a. Wenn ja, wie sah dieser Austausch im Detail aus?
7. Waren Sie zu diesem Zweck bereits mit dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, der Bundesministerin für Justiz bzw. der Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien im Austausch in deren Arbeitsbereich diese einstimmige Entschließung ebenfalls fällt?
 - a. Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?
8. Wurde ein Auftrag zur Erstellung dieser Statistik vergeben?
 - a. Wenn ja, wann, an wen und mit welchen Kosten?
9. Bis wann ist genau geplant, eine Statistik zu Zahlen, Daten und Fakten zu Genitalverstümmelung in Österreich vorzulegen, um damit weitere gezielte Maßnahmen gegen diese Form von Gewalt gegen Mädchen und junge Frauen setzen zu können?
10. Welche Gespräche/Initiativen/Maßnahmen hat es bisher Ihrerseits auf europäischer und internationaler Ebene gegeben, um weibliche Genitalverstümmelung zu verhindern?

Ich ersuche um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 148/2021, nicht Gegenstand meines Vollzugsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können.

Darüber hinaus darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Abfrage Nr. 10311/J vom 24. März 2022 durch die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien verweisen.

Karl Nehammer

